

Das neue Datenschutzrecht

Datenschutz-Grundverordnung und Bundesdatenschutzgesetz in der Praxis

Bearbeitet von
Dr. Peter Schantz, Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

1. Auflage 2017. Buch. XL, 437 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 69649 7
Format (B x L): 14,1 x 22,4 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Telekommunikationsrecht, Postrecht, IT-Recht > Datenschutz, Postrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Schantz/Wolff
Das neue Datenschutzrecht

The logo for beck-shop.de features the text 'beck-shop.de' in a bold, lowercase, orange sans-serif font. Above the 'i' in 'shop' are three orange circles of varying sizes, arranged in a slight arc. Below the main text, the words 'DIE FACHBUCHHANDLUNG' are written in a smaller, uppercase, orange sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Das neue Datenschutzrecht

Datenschutz-Grundverordnung
und Bundesdatenschutzgesetz
in der Praxis

von

Dr. Peter Schantz

Referent im Bundesministerium der Justiz
und für Verbraucherschutz, Berlin

Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff

Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Recht der Umwelt,
Technik und Information, Universität Bayreuth

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2017





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 69649 7

© 2017 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Nomos Verlagsgesellschaft mbh & Co. KG
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Datenschutzrecht war schon immer ein dynamisches Rechtsgebiet. Gegenwärtig ist die Geschwindigkeit aber besonders hoch. Der europäische und deutsche Gesetzgeber haben das Datenschutzrecht auf eine vollkommen neue Grundlage gestellt. Die Datenschutzreform wirft zahlreiche – teilweise für Praxis und Wissenschaft grundlegende – Fragen auf, deren Klärung eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen wird. Das vorliegende Buch möchte gerne in diesem Prozess einen kleinen Diskussionsbeitrag leisten und dem Praktiker eine Anwendungshilfe bieten. Wie bei Diskussionen üblich, ist dabei auch unsere Meinungsbildung im Fluss. Die Autoren freuen sich daher über Anregungen, Hinweise und Widerspruch, gerne auch per Mail (Heinrich.wolff@uni-bayreuth.de).

Das Buch versteht sich als eine zugleich praxisorientierte und kritische Darstellung des geltenden Rechts, die einen Einstieg und eine vertiefte Beschäftigung mit dem Datenschutzrecht ermöglichen soll.

Wir haben daher in diesem Buch versucht, das Rechtsgebiet möglichst umfassend in den Blick zu nehmen. Das Buch konzentriert sich daher nicht allein auf die Datenschutz-Grundverordnung und ihre Umsetzung im neuen Bundesdatenschutzgesetz vom 30. Juni 2017 (BGBl. I S. 2097). Es bezieht auch die Richtlinie für die Datenverarbeitung durch Polizei und Justiz mit ein und erörtert zudem die verfassungsrechtlichen und unionsrechtlichen Grundlagen. Insbesondere die Rechtsprechung des EuGH wird bei der Auslegung des neuen Datenschutzrechts eine größere Bedeutung finden müssen als bisher, weshalb wir auf die Darstellung des bisherigen „case laws“ einen besonderen Schwerpunkt gelegt haben. Ferner haben wir versucht, praxisrelevante Regelungsprobleme und wichtige Entscheidungen deutscher Gerichte im Lichte des reformierten Rechtsrahmens neu zu analysieren. Die in Novellierung befindlichen Landesgesetze sowie die Anpassung der bundesrechtlichen Fachgesetze (z. B. AO, SGB) konnten leider nicht mehr einbezogen werden. Die schnell anwachsende datenschutzrechtliche Literatur und Rechtsprechung wurde bis Anfang 2017 berücksichtigt; gerade in strittigen Fragen wurden aber punktuell auch später erschienene Werke eingearbeitet, insbesondere die neuere Kommentarliteratur zur DS-GVO.

Wir bedanken uns beim Verlag und insbesondere unserem Lektor Dr. Wolfgang Lent für die Geduld während des dynamischen Entstehungsprozesses und bei all denen, die das Erscheinen des Buches ermöglicht haben, vor allem unseren Familien, sowie Heinrich Wolff ganz besonders bei seinen Lehrstuhlmitarbeitern.

Berlin und Bayreuth, im Juli 2017

*Peter Schantz
Heinrich Amadeus Wolff*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX
A. Verfassungs- und unionsrechtliche Grundlagen	1
I. Unionsrechtliche Grundlagen	1
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen	36
B. Der Weg zur Datenschutzreform	59
I. Das Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene	59
II. Umsetzung in Deutschland	62
C. Die unterschiedlichen Kodifikationen des Datenschutzrechts	65
I. Die Regelungswerke im Überblick	65
II. Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung ..	89
III. Anwendungsbereich des BDSG	115
IV. Adressaten der datenschutzrechtlichen Pflichten	119
D. Grundprinzipien und Zulässigkeit der Datenverarbeitung ..	127
I. Grundsätze der Datenverarbeitung	127
II. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung (Art. 6 ff. DS-GVO)	150
III. Zulässigkeit der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten	220
IV. Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten	227
V. Verbot automatisierter Einzelfallentscheidungen und Profiling	228
VI. Internationaler Datenverkehr mit Staaten außerhalb der Union	237
E. Technisch-Organisatorische Pflichten	257
I. Einleitung	257
II. Allgemeine Pflichten	258
III. Technische Pflichten	261
IV. Organisatorische Pflichten	268
V. Auftragsverarbeitung	287

Inhaltsübersicht

F. Durchsetzung des Datenschutzrechts	295
I. Staatliche Rechtsdurchsetzung	295
II. Sanktionen	335
III. Individuelle Rechtsdurchsetzung	346
IV. Kollektive Rechtsdurchsetzung	385
V. Selbstregulierung	387
G. Besondere Verarbeitungssituationen	397
I. Medien und Meinungsfreiheit	397
II. Informationsfreiheit	402
III. Kennziffern	403
IV. Arbeitnehmerdatenschutz	403
V. Wissenschaftliche und historische Forschung, Archive und Statistik	408
VI. Berufsgeheimnisträger	413
VII. Kirchen	415
VIII. Datenverarbeitung der Gerichte	417
IX. Sonstige Bereiche außerhalb des Art. 16 AEUV	418
Anhang	
Rechtsprechungsübersicht: Datenschutzrechtliche Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs	419
Sachverzeichnis	423

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Literaturverzeichnis	XXIX
A. Verfassungs- und unionsrechtliche Grundlagen	1
I. Unionsrechtliche Grundlagen	1
1. Entwicklungslinien des europäischen Datenschutzes	1
a) Selbstständigkeit des Rechtsgebiets als Voraussetzung eigener Entwicklungslinien	1
b) Grundlagen europäischer Entwicklung	1
aa) Entwicklung des Primär- und Sekundärrechts	1
(1) Handeln der Mitgliedsstaaten im Bereich des Binnenmarktes	1
(2) Handeln der Unionsorgane	2
(3) Bereich der Polizei und Strafjustiz	2
(4) Datenschutzreform	2
bb) Entwicklungslinien der Rechtsprechung des EuGH zum Datenschutzrecht	3
2. Die primärrechtlichen Normen zum Datenschutzrecht	4
a) Rechtsetzungskompetenz gem. Art. 16 Abs. 2 AEUV	4
aa) Allgemein	4
bb) Verarbeitung zum Schutz personenbezogener Daten	6
cc) Freier Datenverkehr	8
b) Der Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	8
aa) Das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens – Art. 7 GRC	8
bb) Schutz personenbezogener Daten – Art. 8 GRC	10
(1) Doppelte Gewährleistung	10
(2) Spezieller Grundrechtsschutz durch Art. 7 GRC	11
(3) Schutz natürlicher Personen	12
(4) Personenbezogene Daten	12
(5) Eingriffe und Verletzungen	13
(6) Rechtfertigung durch eine gesetzliche Grundlage	14
(7) Rechtfertigung durch Einwilligung	15
(8) Zweckbindung	16
(a) Allgemein	16
(b) Gebot der Zweckfestlegung	16
(c) Zweckbindung	17
(d) Verarbeitung nach Treu und Glauben	17
(9) Verhältnismäßigkeit	18
(10) Schutzwirkungen	19
cc) Die Rechtsprechung des EuGH zum Grundrechtsschutz	20
dd) Der Auskunftsanspruch gem. Art. 8 Abs. 2 Satz 2 GRC	23
(1) Allgemein	23
(2) Anspruchsgegner	24

Inhaltsverzeichnis

(3) Voraussetzungen	24
ee) Berichtigungsanspruch	24
c) Die institutionelle Garantie der Datenschutzkontrolle	25
3. Die Datenschutzrichtlinie 95/46/EG	25
a) Die Regelung im Überblick	25
b) Die Rechtsprechung des EuGH zur Datenschutzrichtlinie	26
aa) Kompetenzfragen	26
bb) Die Anwendbarkeit der Datenschutzrichtlinie	27
cc) Verarbeitungsgrundsätze	30
dd) Betroffenenrechte	32
ee) Ausgestaltung der Aufsichtsbehörden	33
ff) Übermittlung von Daten außerhalb der Union	35
II. Verfassungsrechtliche Grundlagen	36
1. Recht auf informationelle Selbstbestimmung	36
a) Einleitung	36
aa) Entwicklung aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht	36
bb) Grundgedanken des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	38
b) Schutzbereich	41
aa) sachlich	41
bb) persönlich	41
c) Eingriff	42
d) Rechtfertigung	43
aa) Gesetzesvorbehalt, Normenklarheit und Bestimmtheit	44
bb) Zweckbindung	45
cc) Verhältnismäßigkeit	46
(1) Schwere des Eingriffs	46
(2) Kompensatorische Maßnahmen	47
dd) Kernbereich privater Lebensgestaltung	48
e) Drittwirkung	49
2. Weitere Facetten des verfassungsrechtlichen Schutzes der Privatheit	49
a) Unverletzlichkeit der Wohnung	49
b) Fernmeldegeheimnis	50
aa) Schutzbereich	50
bb) Eingriff	52
cc) Rechtfertigung	52
c) IT-Grundrecht	53
aa) Grundgedanke	53
bb) Geschützte IT-Systeme	54
cc) Rechtfertigung	56
3. Bedeutung der nationalen Grundrechte im Anwendungsbereich des Unionsrechts	56
B. Der Weg zur Datenschutzreform	59
I. Das Gesetzgebungsverfahren auf europäischer Ebene	59
1. Der Vorschlag der Kommission	59
2. Die Verhandlungen zur DS-GVO	60
3. Die Verhandlungen zur JI-RL	61
II. Umsetzung in Deutschland	62
1. Novellierung des BDSG	62
2. Anpassung des bereichsspezifischen Datenschutzrechts	64

Inhaltsverzeichnis

C. Die unterschiedlichen Kodifikationen des Datenschutzrechts	65
I. Die Regelungswerke im Überblick	65
1. Die Datenschutz-Grundverordnung	65
a) Allgemein	65
b) Umfang der Vollharmonisierung	65
c) Öffnungsklauseln für das mitgliedstaatliche Recht	67
d) Echte Tatbestandsvoraussetzungen	69
e) Durchführung der DS-GVO im deutschen Recht BDSG nF	69
2. Verordnung (EU) Nr. 45/2001	70
3. Richtlinie (EU) 2016/680	71
a) Grundlagen	71
b) Gesetzgebungskompetenz der EU	72
c) Abgrenzung von Datenschutz-Grundverordnung und JI-RL	74
d) Personeller Anwendungsbereich	74
e) Sachlicher Anwendungsbereich	75
f) Erfasste Verarbeitungsvorgänge	78
g) Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich	78
h) Vergleich der Grundstruktur mit der Struktur der Datenschutz- Grundverordnung	79
i) Kompatibilität des Datenschutzrechts mit den unionalen Datenschutzprinzipien am Beispiel der Richtlinie	83
4. E-Privacy-Richtlinie 2002/58/EG	86
5. E-Commerce-RL	89
II. Anwendungsbereich der Datenschutz-Grundverordnung	89
1. Sachlich: personenbezogene Daten über natürliche Personen	89
a) Spektrum personenbezogener Daten	90
b) Herstellung des Personenbezugs	91
aa) Absoluter vs. relativer Personenbezug	91
bb) Ansatz der DS-GVO	92
cc) Technische Entwicklung und Zeitverlauf	93
dd) Beispiel: Dynamische IP-Adressen	93
c) Identifikation einer Person	96
d) Pseudonymisierte und anonyme Daten	99
aa) Anonymisierte Daten	99
bb) Pseudonymisierte Daten	100
cc) Handeln unter Pseudonym	101
dd) Re-Identifikation	102
2. Verarbeitung personenbezogener Daten	102
a) Verarbeitung	102
b) Automatisierte Verarbeitung	103
c) Nichtautomatisierte Verarbeitung	103
3. „Haushaltsausnahme“	104
4. Persönlicher Anwendungsbereich	106
5. Räumlicher Anwendungsbereich	108
a) Einleitung	108
b) Datenverarbeitung im Rahmen einer Niederlassung in der EU	109
c) Marktortprinzip	112
d) Beobachtung von Personen in der EU	113
e) Dem Recht eines Mitgliedstaats unterliegende Orte	114
f) Rechtswahl?	114
III. Anwendungsbereich des BDSG	115
1. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich	115

Inhaltsverzeichnis

2. Unterscheidung zwischen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen	116
3. Materieller Regelungsumfang	117
4. Subsidiarität gegenüber bereichsspezifischen Regelungen	117
5. Räumlicher Anwendungsbereich	117
IV. Adressaten der datenschutzrechtlichen Pflichten	119
1. Verantwortliche	119
a) Allgemein	119
b) Beschäftigte des Verantwortlichen	119
c) Abgrenzung der Verantwortlichkeit	120
d) Besonderheiten des BDSG bzw. der RL	122
2. Gemeinsam für die Verarbeitung Verantwortliche	122
a) Allgemein	122
b) Voraussetzungen	123
c) Rechtsfolge	124
aa) Pflicht zum Abschluss einer Vereinbarung	124
bb) Aufteilung der Pflichten	124
d) Besonderheiten im Anwendungsbereich der JI-RL	125
3. Auftragsverarbeiter	125
D. Grundprinzipien und Zulässigkeit der Datenverarbeitung	127
I. Grundsätze der Datenverarbeitung	127
1. Prinzipien des Datenschutzrechts	127
2. Die Datenschutzgrundsätze des Art. 5 DS-GVO	127
3. Grundsatz der Rechtmäßigkeit gem. Art. 5 Abs. 1 lit. a	
Var. 1 DS-GVO	128
a) Begriffsbestimmung	128
b) Begriffsinhalt	129
c) Bedeutung außerhalb der DS-GVO	129
4. Verarbeitung nach Treu und Glauben gem. Art. 5 Abs. 1 lit. a	
Var.-2 DS-GVO	129
5. Verarbeitung in einer für den Betroffenen nachvollziehbaren Weise gem. Art. 5 Abs. 1 lit. a Var. 3 DS-GVO	130
a) Allgemein	130
b) Subgarantien	130
c) Anwendungsbereich der JI-RL (§ 45 BDSG nF)	130
6. Zweckbindungsgrundsatz gem. Art. 5 Abs. 1 lit. b DS-GVO	130
a) Allgemein	130
b) Unterschiedliche Nuancen im deutschen und europäischen Recht	130
c) Inhalt	131
d) Zweckfestlegung	131
aa) Allgemein	131
bb) Trennung von Zweckfestlegung und Verarbeitungsrechtfertigung	131
cc) Notwendigkeit der Perpetuierung	132
dd) Eindeutige Zwecke	132
(1) Ausdrücklichkeit	132
(2) Bestimmtheit	132
ee) Legitimer Zweck	133
e) Zweckbindung	133
aa) Allgemein	133
bb) Zweckverträglichkeit	133

Inhaltsverzeichnis

cc) Zweckunverträglichkeit	134
f) Ausnahmen vom Zweckbindungsgrundsatz	135
g) Zweckbindungsgrundsatz bei erlangten aber nicht erhobenen Daten	136
h) Anwendungsbereich der JI-RL (§ 45 BDSG nF)	136
7. Datenminimierung gem. Art. 5 Abs. 1 lit. c DS-GVO	136
a) Allgemein	136
b) Dem Zweck angemessene Daten	137
c) Erhebliche Daten	137
d) Auf das für die Verarbeitung notwendige Maß beschränkte Daten	137
aa) Allgemein	137
bb) Vorsorge für außergewöhnliche Situationen	137
cc) Verbot der Vorratsdatenspeicherung	138
dd) Gebot der Datenvermeidung und Datensparsamkeit	138
e) Verhältnis zum Grundsatz der Erforderlichkeit	138
aa) Fragestellung	138
bb) Der Grundsatz der Erforderlichkeit	138
(1) Allgemein	138
(2) Objektive Gebotenheit – Kausalität	139
(3) Die Frage der datenschutzschonenden Alternative	140
cc) Unterschiede zum Grundsatz der Datenminimierung	141
f) Anwendungsbereich der JI-RL (§ 45 BDSG nF)	141
8. Datenrichtigkeit gem. Art. 5 Abs. 1 lit. d DS-GVO	142
9. Speicherbegrenzung gem. Art. 5 Abs. 1 lit. e DS-GVO	142
10. Integrität und Vertraulichkeit gem. Art. 5 Abs. 1 lit. f DS-GVO	143
11. Rechenschaftspflicht gem. Art. 5 Abs. 2 DS-GVO	143
12. Prinzipien außerhalb des Art. 5 DS-GVO	143
a) Allgemein	143
b) Prinzip der Schutzzräume	144
c) Grundsatz der Direkterhebung	145
d) Erkennbarkeit der Datenvalidität	145
e) Differenzierungen nach Datenkategorien	147
f) Datengeheimnis	148
13. Konzeptionsprinzipien, denen die Datenschutz-Grundverordnung folgt	149
II. Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung (Art. 6 ff. DS-GVO)	150
1. Einwilligung	150
a) Bedeutung der Einwilligung	150
b) Verhältnis zu den anderen Rechtsgrundlagen nach Art. 6 Abs. 1 DS-GVO	152
c) Voraussetzungen	152
aa) Einwilligungsfähigkeit von Minderjährigen	152
(1) Einwilligung von Kindern gemäß Art. 8 Abs. 1 DS-GVO	153
(2) Einwilligungsfähigkeit von Kindern im Übrigen	157
bb) Form	158
cc) Freiwilligkeit	161
(1) Nachteile bei Verweigerung der Einwilligung	161
(2) Keine zumutbare Alternative	162
(3) Ungleichgewicht zwischen Betroffenen und Verantwortlichem	164
(4) Koppelungsverbot	165

Inhaltsverzeichnis

(5) Differenzierte Einwilligung	167
(6) Übermäßige Reize	167
dd) Informiertheit und Transparenz	168
ee) Umfang der Einwilligung: Bestimmtheit und Angemessenheit	171
ff) Zeitliche Dimension	172
d) Widerruf	172
e) Grenzen der Einwilligung?	173
f) Rechtfolgen bei Verstoß gegen die Anforderungen der DS-GVO	174
g) Altfälle	174
h) Die Einwilligung im Bereich der JI-RL	174
2. Durchführung eines Vertrages	175
a) Allgemein	175
b) Verhältnis zu den anderen Rechtfertigungsgründen	175
aa) Verhältnis zu Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. f DS-GVO	175
bb) Verhältnis zu Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DS-GVO	176
c) Daten der betroffenen Person	177
d) Begriff des Vertragsverhältnisses	177
aa) Allgemein	177
bb) Partner der Vertragsverhältnisse	178
cc) Erfüllung des Vertrags	178
(1) Allgemein	178
(2) Abhängig von Vertragsinhalt	179
(3) Begriff der Vertragserfüllung	179
(4) Sog. nachvertragliche Pflichten	180
(5) Selbstständige Dritte auf Seiten des Verantwortlichen	181
dd) Satzungszwecke als Vertragszwecke	181
ee) Gesetzliche Pflichten mit Verarbeitungsfolgen	182
e) Anbahnungsverhältnis – Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b Var. 2 DS-GVO	182
aa) Allgemein	182
bb) Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen	183
cc) Entscheidung über den Vertragsschluss und die Konditionen	183
dd) Abstellen auf das konkrete Vertragsverhältnis	184
f) Erforderlichkeit	184
aa) Allgemein	184
bb) Ausgewählte Informationsarten	185
cc) Ausgewählte Verarbeitungsformen	186
dd) Ausgewählte Vertragstypen	186
(1) Speziell Versicherungsvertrag	186
(2) Kreditkartenverträge	187
(3) Mietvertrag	188
g) Zweckfestlegung	188
3. Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. c DS-GVO)	189
a) Allgemein	189
b) Ausweitungsmöglichkeiten	190
c) Die Konkretisierung gemäß Art. 6 Abs. 2 und Abs. 3 DS-GVO	191
aa) Allgemein	191
bb) Rechtsnorm	191

Inhaltsverzeichnis

cc) Zweckfestlegung	191
dd) Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	192
ee) Legitimes Ziel	192
ff) Öffnungsklausel gem. Art. 6 Abs. 3 S. 2 DS-GVO	192
gg) Öffnungsklausel gem. Art. 6 Abs. 2 DS-GVO	193
4. Die Verarbeitung zum Schutz lebenswichtiger Interessen (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. d DS-GVO)	196
5. Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe im öffentlichen Interesse (Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. e DS-GVO und § 3 BDSG)	196
a) Allgemein	196
b) Erfüllung einer öffentliche Aufgabe	196
c) Aufgabe in Ausübung öffentlicher Gewalt	198
aa) Allgemein	198
bb) Öffentliche Gewalt	198
cc) Übertragen	198
d) Konkretisierung durch Art. 6 Abs. 3 DS-GVO	198
aa) Allgemein	198
bb) Rechtsnorm	199
cc) Zweckbestimmung	199
dd) Öffnungsklausel gem. Art. 6 Abs. 3 S. 2 DS-GVO	199
ee) Öffnungsklausel gem. Art. 6 Abs. 2 DS-GVO	199
e) Die Regelung im Bereich des BDSG nF und der JI-RL	200
aa) Die Grundregel des § 3 BDSG nF	200
bb) Die Videoüberwachung	201
6. Verarbeitung auf der Grundlage überwiegender Interessen	203
a) Allgemein	203
b) Beschränkung auf privaten Bereich	203
c) Verhältnis zu Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. b DS-GVO	203
d) Berechtigte Interessen	204
e) Interessensträger	204
f) Erforderlichkeit zur Interessenwahrung	204
g) Kein Überwiegen der schutzwürdigen Interessen des Betroffenen	205
h) Schritte der Abwägung	205
i) Gewichtungskriterien	206
aa) Betroffene Person	206
(1) Allgemeines Persönlichkeitsrecht	206
(2) Datenbezogene Kriterien und Verarbeitungszusammenhang	206
(3) Daten aus allgemein zugänglichen Quellen	207
bb) Verantwortlicher oder Dritter	207
cc) Gesamtvergleich	208
(1) Verarbeitungsfreundliche Grundentscheidung	208
(2) Bei Interessengleichstand: Verarbeitung	208
(3) Darlegungslast	209
(4) Gesamt abwägung	209
dd) Wichtige Fallgruppen	209
(1) Konzern	209
(2) Werbung	210
(3) IT-Sicherheit	211
(4) Rechtsverfolgung und Inkasso	211
(5) Internet der Dinge	212

Inhaltsverzeichnis

(6) Nebenbetroffene oder Drittbetroffene von Vertragsabwicklungen	212
(7) Webseite	213
(8) Warnlisten/Listen von „Schwarzen Schafen“	213
(9) Suchmaschinen	213
(10) Videoüberwachung	213
(11) Keine abschließende Aufzählung	214
7. Anforderungen an die Weiterverarbeitung	214
a) Unionsrechtliche Vorgaben – Art. 6 Abs. 4 DS-GVO	214
b) Die Umsetzung im BDSG	215
c) Die Sonderfälle der Bonitätsauskunft und des Scoring	218
d) Die Regelung im Anwendungsbereich der JI-RL	219
III. Zulässigkeit der Verarbeitung besonderer Kategorien	
personenbezogener Daten	220
1. Datenkategorien	220
2. Rechtsgrundlagen	222
a) Dogmatische Grundstruktur	222
b) Zulässigkeitstatbestände im Einzelnen	223
aa) Ausdrückliche Einwilligung	223
bb) Arbeitsverhältnisse und Sozialversicherungen	223
cc) Schutz lebenswichtiger Interessen des Betroffenen oder eines Dritten	223
dd) Tendenzbetriebe	223
ee) Offensichtlich vom Betroffenen veröffentlichte Daten	224
ff) Rechtsverfolgung und Gerichte	224
gg) Erhebliches öffentliches Interesse	224
hh) Individuelle Gesundheitsversorgung und Sozialvorsorge	225
ii) Öffentliche Gesundheit	225
jj) Archive, Statistik sowie wissenschaftliche und historische Forschung	225
c) Nationale Regelungsspielräume für genetische und biometrische Daten sowie Gesundheitsdaten	226
d) Rechtsgrundlagen im Anwendungsbereich der JI-RL	226
IV. Verarbeitung von personenbezogenen Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten	227
V. Verbot automatisierter Einzelfallentscheidungen und Profiling	228
1. Regelungsgegenstand	228
2. Abgrenzung: Profilings und Bildung von Persönlichkeitsprofilen ..	229
a) Profiling	229
b) Bildung von Persönlichkeitsprofilen	230
3. Reichweite des Verbots automatisierter Einzelfallentscheidungen ..	231
a) Ausschließlich auf einer automatisierenden Verarbeitung beruhende Entscheidung	231
b) Rechtliche Wirkungen oder ähnlich erhebliche Beeinträchtigungen für den Betroffenen	231
c) Ausnahmen	232
4. Transparenz der automatisierten Einzelentscheidung	233
5. Diskriminierung und Qualitätssicherung	235
6. Automatisierte Einzelentscheidungen im Bereich der JI-RL	236
VI. Internationaler Datenverkehr mit Staaten außerhalb der Union	237
1. Grundsätze	237
2. Anwendungsbereich	238
a) Übermittlung in einem Drittstaat	238

Inhaltsverzeichnis

b) Weiterübermittlungen	239
c) Internetveröffentlichungen	240
3. Angemessenes Datenschutzniveau im Drittstaat	240
a) Maßstab und Überwachungspflicht	241
b) Sonderfall: Datenübermittlung in die USA (Privacy Shield)	242
c) Verfahren	243
d) Kompetenzen der Datenschutzaufsichtsbehörden	243
e) Frühere Angemessenheitsbeschlüsse	245
4. Angemessene Garantien	245
a) Verwaltungsvereinbarungen	246
b) Binding Corporate Rules	246
c) Standarddatenschutzklauseln	246
d) Codes of Conduct	247
e) Zertifizierung	247
f) Zugriffsbefugnisse öffentlicher Stellen im Empfängerstaat	247
5. Ausnahmen	248
a) Einwilligung des Betroffenen (lit. a)	249
b) Vertragsdurchführung (lit. b und c)	249
c) Notwendigkeit aus Gründen des öffentlichen Interesses (lit. d)	249
d) Erforderlichkeit zur Geltendmachung, Ausübung und Verteidigung von Rechtsansprüchen (lit. e)	250
e) Lebenswichtige Interessen des Betroffenen oder eines Dritten (lit. f)	250
f) Übermittlung aus öffentlichen Registern (lit. g)	251
g) Zwingende überwiegende Interessen des Verantwortlichen	251
6. „Anti-FISA-Klausel“	251
7. Übermittlung in Drittstaaten im Anwendungsbereich der JI-RL	252
a) Grundvoraussetzung: Gewährleistung eines angemessenen Datenschutzniveaus	252
b) Übermittlung an staatliche Stellen	253
c) Weiterübermittlung	254
d) Übermittlung an private Stellen	255
E. Technisch-Organisatorische Pflichten	257
I. Einleitung	257
II. Allgemeine Pflichten	258
1. Mitwirkungspflicht gem. Art. 31 DS-GVO	258
2. Sicherstellungspflicht gem. Art. 24 Abs. 1 DS-GVO	258
a) Allgemein	258
b) Inhalt der Pflicht	259
aa) Allgemein	259
bb) Organisatorische und technische Maßnahmen	259
cc) Geeignetheit	259
dd) Nachweispflicht	260
ee) Frage der Begrenzung	260
3. Datenschutzvorkehrungen gemäß Art. 24 Abs. 2 DS-GVO	260
III. Technische Pflichten	261
1. Privacy by design and default (Art. 25 DS-GVO)	261
a) Allgemein	261
b) Pflicht zum Datenschutz durch Technikgestaltung gem. Art. 25 Abs. 1 DS-GVO	261
c) Pflicht zu datenschutzfreundlichen Voreinstellung gem. Art. 25 Abs. 2 DS-GVO	262

Inhaltsverzeichnis

aa) Allgemein	262
bb) Inhalt	263
d) Regelung im Bereich der JI-RL	264
2. Datensicherheit gem. Art. 32 DS-GVO	264
a) Grundlagen	264
aa) Allgemein	264
bb) Verhältnis von Datenschutz und Datensicherheit	264
cc) Verhältnis zur allgemeinen Gewährleistungspflicht aus Art. 24 DS-GVO	265
dd) Folgen einer Verletzung	265
b) Inhalt	265
aa) Standards zur Datensicherheit	265
bb) Handlungspflichten	266
c) Gewährleistungen im Bereich der JI-RL	267
3. Selbständige Ausprägungen der JI-RL	267
IV. Organisatorische Pflichten	268
1. Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten gem. Art. 30 DS-GVO	268
a) Allgemein	268
b) Ausnahme für Kleinunternehmen	268
c) Führung eines Verzeichnisses	270
d) Regelung im Bereich der JI-RL	270
2. Datenschutz-Folgenabschätzung gem. Art. 35 DS-GVO	270
a) Allgemein	270
b) Pflicht zur Durchführung einer Datenschutz-Folgenabschätzung	272
c) Verfahren	272
d) Inhalt	273
e) Folge der Datenschutz-Folgeneinschätzung	273
f) Konsultationspflicht	274
g) Gestaltungsbefugnisse der Mitgliedsstaaten	274
h) Regelung im Bereich der JI-RL	275
3. Bestellung eines Datenschutzbeauftragten	275
a) Allgemein	275
b) Die unionsrechtlich festgelegten Fallgruppen	276
c) Die durch deutsches Recht geschaffene Fallgruppe	278
d) Der freiwillig errichtete Datenschutzbeauftragte	278
e) Der gemeinsame Datenschutzbeauftragte	278
f) Persönliche Anforderungen an den Datenschutzbeauftragten	278
g) Aufgaben	279
h) Rechtsstellung	279
4. Benachrichtigungspflicht bei Datenschutzpannen	280
a) Allgemein	280
b) Kollision mit dem Grundsatz „nemo tenetur se ipsum accusare“	281
c) Entstehung der Benachrichtigungspflicht	282
aa) Kenntnis	282
bb) Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten	282
cc) Kein Risiko	283
dd) Gesamtbetrachtung	283
d) Rechtsfolge	284
aa) Meldepflicht	284
bb) Inhalt der Meldung	284
cc) Dokumentation	285

Inhaltsverzeichnis

e) Regelung im Bereich der JI-RL	285
5. Bestellung eines Vertreters in der EU	285
a) Allgemein	285
b) Anforderungen an den Vertreter	286
6. Selbständige Ausprägung der JI-RL	287
V. Auftragsverarbeitung	287
1. Allgemein	287
2. Grenzen der Auftragsverarbeitung	288
3. Voraussetzungen für die Auftragsverarbeitung	290
a) Personell	290
b) Vereinbarung	290
4. Rechtsfolgen der Auftragsverarbeitung	292
5. Sub-Auftragsverarbeiter	293
6. Selbständige Pflichten des Auftragsverarbeiters	293
7. Gestaltungsspielraum für die Mitgliedstaaten	293
8. Die Pflichten gemäß der JI-RL und des BDSG	294
F. Durchsetzung des Datenschutzrechts	295
I. Staatliche Rechtsdurchsetzung	295
1. Das institutionelle Kontrollsystem der DS-GVO	295
2. Der Europäische Datenschutzausschuss	295
a) Notwendigkeit der Koordination	295
b) Allgemein	295
aa) Von der Art. 29-Gruppe zum Europäischen Datenschutzausschuss	295
bb) Organisation	296
cc) Vertretung bei mehr als einer Aufsichtsbehörde im Mitgliedstaat	296
c) Aufgaben	298
d) Verfahren	300
3. Aufsichtsbehörden	300
a) Von der Kontrollstelle zur Aufsichtsbehörde	300
b) Hüter der Grundrechte und Rechtskonkretisierung	300
c) Regelungsauftrag an die Mitgliedstaaten	301
d) Unabhängigkeit der Aufsichtsbehörden gem. Art. 52 DS-GVO	302
aa) Allgemein	302
bb) Verbot jeglicher Beeinflussung	303
cc) Frage der beschränkten Dienstaufsicht	304
dd) Die Frage der horizontalen Unabhängigkeit	304
ee) Absichernde Garantien	305
ff) Friktionen mit deutschem Organisationsrecht	305
e) Aufgaben der Aufsichtsbehörden	307
aa) Allgemein	307
bb) Entgegennahme von Beschwerden gem. Art. 77 DS-GVO	308
cc) Befugnisse	308
(1) Allgemein	308
(2) Überblick	309
(3) Das Klagerecht der Aufsichtsbehörden gem. Art. 58 Abs. 5 DS-GVO	310
(a) Klagerecht v. a. gegen Entscheidungen der Kommission	310

Inhaltsverzeichnis

(b) Klagerecht gegen Maßnahmen des Datenschutzausschusses	311
f) Zuständige, federführende, betroffene Aufsichtsbehörden	311
aa) Überblick	311
bb) Grenzüberschreitende Verarbeitung	313
cc) Die Zuständigkeiten und Befugnisse der federführenden Aufsichtsbehörde	317
4. Kooperationsformen der Aufsichtsbehörden	318
a) Amtshilfe gem. Art. 61 DS-GVO	318
b) Gemeinsame Maßnahmen der Aufsichtsbehörden	318
c) Die Zusammenarbeit mit der federführende Aufsichtsbehörde	318
d) Kohärenzverfahren	319
aa) Allgemein	319
bb) Empfehlende Stellungnahme	320
cc) Bindenden Beschlüsse	321
(1) Allgemein	321
(2) Reichweite der Bindungswirkung	322
(3) Verfahren zur Beschlussfassung	324
(4) Entscheidungsmaßstab	324
(5) Rechtsschutz	324
dd) Konfliktfälle ohne federführende Behörde	325
(1) Mehrere zuständige Aufsichtsbehörden	325
(2) Die angerufene Aufsichtsbehörde	326
e) Die Besonderheiten des BDSG nF und der JI-RL	327
5. Das Verhältnis des speziellen Aufsichtssystems zu sonstigen Aufsichtsbehörden	327
6. Das System der Aufsichtsbehörden in Deutschland	328
a) Allgemein	328
b) Aufsichtsbehörden der Kirchen und der Presse	328
c) Der Bundesbeauftragte	328
d) Die Aufsichtsbehörden der Länder	331
7. Klagerecht gemäß Art. 78 DS-GVO gegen Beschlüsse der Aufsichtsbehörde	332
a) Allgemein	332
b) Die Anfechtungssituation	333
c) Die Verpflichtungssituation	334
d) Die Leistungssituation bei anderen Anträgen	334
II. Sanktionen	335
1. Allgemein	335
2. Ordnungswidrigkeitensanktionen gemäß Art. 83 DS-GVO	336
a) Allgemein	336
b) Effektiver Rechtsschutz	336
c) Ordnungswidrigkeiten von Behörden	337
d) Die beiden Ordnungswidrigkeitengruppen	337
e) Der Sanktionsrahmen	338
aa) Obergrenzen	338
bb) Unternehmensbegriff	338
cc) Gleichzeitige Begehung zweier Tatbestände	339
f) Bemessungsgrundsätze	339
g) Ermessen	339
h) Zuständigkeit anderer Behörden	340

Inhaltsverzeichnis

i) Konkretisierung des Ordnungswidrigkeitenrechts durch nationales Recht	340
j) Insbesondere Verschuldenserfordernis	340
k) Verfahren zur Verhängung	341
l) Die Ordnungswidrigkeitensanktion gegen juristische Personen	341
3. Weitere Sanktionen gem. Art. 84 DS-GVO	342
a) Allgemein	342
b) Insbesondere Strafnormen	343
aa) Allgemein	343
bb) Verbot der Doppelbestrafung	343
c) Erweiterungen bei den Ordnungswidrigkeiten	344
aa) Erweiterung der Tatbestände	344
bb) Erweiterung auf andere Personen	344
cc) Erweiterung auf andere Behörden	345
4. Die Regelung außerhalb der Verordnung	345
III. Individuelle Rechtsdurchsetzung	346
1. Grundvoraussetzung: Transparenz durch Informationspflichten	346
a) Inhalt der Informationspflicht	347
b) Bereitstellung der Informationen	348
c) Zeitpunkt	350
d) Information über Zweckänderungen	350
e) Ausnahmen	350
aa) Erhebung bei der betroffenen Person	350
bb) Nicht bei der betroffenen Person erhobene Daten	352
f) Rechtsfolgen bei Verletzung der Informationspflicht	355
g) Informationspflichten außerhalb des Datenschutzrechts	355
h) Besonderheiten im Anwendungsbereich der JI-RL	356
aa) Zweistufige Informationspflicht	356
bb) Ausnahmen	357
2. Betroffenenrechte	357
a) Geltendmachung der Betroffenenrechte	357
b) Beschränkung der Betroffenenrechte nach Art. 23 DS-GVO	359
c) Auskunftsrecht	360
aa) Umfang des Auskunftsanspruchs	360
bb) Gegenstand der Datenverarbeitung	361
cc) Quelle und Herkunft der Daten	362
dd) Empfänger oder Kategorien von Empfängern	363
ee) Recht auf Kopie	363
ff) Ausnahmen	364
d) Berichtigung	366
e) Lösungsrecht („Recht auf Vergessenwerden“)	366
aa) „Recht auf Vergessenwerden“?	366
bb) Anspruchsvoraussetzungen	369
cc) Verpflichtungen des Verantwortlichen	370
dd) Ausnahmen	371
f) Einschränkung der Verarbeitung	372
g) Folgeverpflichtungen von Berichtigung, Löschung und Beschränkung der Verarbeitung	373
h) Widerspruch	373
aa) Allgemeine Widerspruchsrecht	374
bb) Verarbeitung zu Zwecken der Direktwerbung	374
i) Recht auf Datenportabilität	375

Inhaltsverzeichnis

j) Besonderheiten im Anwendungsbereich der JI-RL	377
3. Schadensersatz	378
a) Haftungsadressaten und Anspruchsberechtigte	378
b) Anspruchsvoraussetzungen	379
c) Haftungsumfang	380
d) Schadensersatz im Anwendungsbereich der JI-RL	381
4. Beschwerde	381
5. Klage gegen Verantwortliche und Auftragsverarbeiter	382
a) Gerichtsstand	382
b) Verfahrensaussetzung	384
IV. Kollektive Rechtsdurchsetzung	385
1. Einleitung	385
2. Prozessstandschaft	385
3. Verbandsklage	385
a) Vorgaben der DS-GVO	385
b) Verbandsklagen im deutschen Recht	386
V. Selbstregulierung	387
1. Verhaltensregeln	387
a) Allgemein	387
b) Inhalt von Verhaltensregeln	388
c) Urheber und Bindung	389
d) Verbindlichkeit	390
e) Überwachung	394
aa) Allgemein	394
bb) Akkreditierung	394
cc) Überwachung	394
2. Zertifizierungen	395
a) Allgemein	395
b) Eckdaten des Zertifizierungsverfahrens	395
c) Inhalt der Prüfung	396
d) Die Akkreditierung der Zertifizierungsstellen	396
e) Rechtsfolgen der Zertifizierung	396
G. Besondere Verarbeitungssituationen	397
I. Medien und Meinungsfreiheit	397
1. Ausgleich zwischen Datenschutz und Meinungs- und Informationsfreiheit	397
2. Privilegierung der Verarbeitung zu journalistischen, wissenschaftlichen, künstlerischen und literarischen Zwecken	398
a) Umfang der Abweichungen und Ausnahmen	398
b) Begünstigte	400
II. Informationsfreiheit	402
1. Die Vorgaben der DS-GVO	402
2. Deutsches Recht	402
III. Kennziffern	403
1. Allgemein	403
2. Deutsches Recht	403
IV. Arbeitnehmerdatenschutz	403
1. Reichweite	403
2. Spezifische Vorschriften	404
3. Kollektivverträge	405
4. Schutzbestimmungen	406

Inhaltsverzeichnis

5. Unternehmensgruppen	406
6. Meldepflicht (Notifizierung)	407
7. Deutsches Recht	407
V. Wissenschaftliche und historische Forschung, Archive und Statistik	408
1. Grundgedanke	408
2. Definitionen	409
a) Archive	409
b) Wissenschaftliche und historische Forschung	409
c) Statistik	409
3. Anforderungen an die Datenverarbeitung	410
4. Ausnahmen von den Betroffenenrechten	412
VI. Berufsgeheimnisträger	413
1. Verhältnis zwischen Datenschutzrecht und beruflichen Geheimhaltungspflichten	413
2. Befugnisse der Datenschutzaufsichtsbehörden	414
3. Einschränkung der Betroffenenrechte	414
VII. Kirchen	415
1. Allgemein	415
2. Bisherige Rechtslage in Deutschland	416
3. Der Tatbestand des Art. 91 DS-GVO	416
a) Umfassende Regelung	416
b) Anpassung an die DS-GVO	416
c) Aufsichtsbehörde	417
VIII. Datenverarbeitung der Gerichte	417
IX. Sonstige Bereiche außerhalb des Art. 16 AEUV	418
Anhang	
Rechtsprechungsübersicht: Datenschutzrechtliche Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs	419
Sachverzeichnis	423